

Trend

... neuer Zeitgeist



Inhalt

Seite 2 / 3

Editorial

Bankrott des Kommunismus

Seite 4

Tim Raue: Ein Kreuzberger Junge erobert die Welt

„Der Kommissar“ Erik Ode – als Krimi noch sehenswert waren

Seite 5

Peter Scholl-Latour & Silke Burmester

Seite 6 / 7

70 Jahre BRD und Grundgesetz

Seite 8

Lesenswert: Enid Blyton

Mauerschützen

**58 Jahre Mauerbau
30 Jahre Mauerfall**

Editorial

Verehrter Leser, die Augustausgabe von Trend ist dem Mauerbau der SED-Machthaber in der DDR gewidmet. 58 Jahre ist es her, daß die kommunistischen Weltbeglückter versuchten, die Menschen in dem Arbeiter- und Bauern-Paradies einzusperren. Gleichzeitig ist es im November 30 Jahre her, daß das, was Ulbricht, Honecker und Konsorten als antifaschistischen Schutzwall bezeichneten, krachend zusammenbrach. Nicht nur Michail Gorbatschow weigerte sich wie noch 1953,

die Panzer gegen das Volk rollen zu lassen – es gibt auch Hinweise darauf, daß die Nationale Volksarmee nicht auf ihre Mütter, Väter, Brüder und Schwestern schießen wollte.

Es ist eine Schande für Berlin, daß die Partei Willy Brandts heute mit der Partei, die ganz wesentliche Mitverantwortung für den Mauerbau trägt, nämlich die LINKE, die damals noch SED hieß, Berlin regiert – schlecht regiert.

Offenbar ist die LINKE entschlossen, aus Rache für den Untergang der DDR ganz Deutschland in eine unbewohnbare Zone zu verwandeln. Hilfe erhalten sie von einer Partei,

die weitestgehend dem dekadenten Großbürgertum entsprungen ist. Ich überlasse es Ihrer Phantasie, welche Partei damit gemeint ist.



Jovial, ohne Schlips und Kragen

Andreas Wild

Ihr Volksvertreter sagt, wie es wirklich ist

Der Mauerbau: Bankrotterklärung des Kommunismus

Vom 13. August 1961 bis zum 9. November 1989 war nicht nur Deutschland sondern auch Berlin geteilt. Mauer, Stacheldraht, Selbstschußanlagen und Scharfschützen auf den Wachtürmen verhinderten Freizügigkeit für Deutsche innerhalb Deutschlands. Mit dem Mauerbau gestanden die SED Machthaber ein, dass ihr Regime dem des freien Westens unterlegen war. Bis dahin hatten 3,5 Millionen Bewohner die sowjetische Besatzungszone, die sich Deutsche Demokratische Republik nennen ließ, verlassen. Alle diejenigen, die gegen den Kommunismus aufbegehren, alle, die enteignet worden waren und alle, die wenigsten einen kleinen Handwerksbetrieb führen oder als Bauern eine eigene Wirtschaft führen wollten, wurden diskriminiert, verfolgt oder sonst benachteiligt. Sie ergriffen früher oder später die Flucht. Im Klartext: Die Fleißigen, Leistungsfähigen und

Kreativen „stimmten mit den Füßen“ ab. Zudem erwies sich der reale Wert der „Ostmark“ gegenüber der D-Mark als bodenlos. Genau genommen verlängerte diese Bankrott-Erklärung des SED-Kommunismus nur die Herrschaft der SED auf Zeit. Am 3. August 1961 holte sich SED-Machthaber Walter Ulbricht vom sowjetischen Staatschef Chruschtschow bei einem Geheimgespräch die Genehmigung zum Mauerbau.

Die SED-Machthaber beendeten so die Massenflucht der DDR-Bewohner.

Die betroffenen Menschen in den beiden Teilen der Stadt waren verzweifelt. Über die DDR-Gesellschaft, mit Ausnahme der SED-Parteigänger, breitete sich eine „bleierne Zeit“ aus. Die Politik – auch die bundesdeutsche – hielt sich in Sachen Mauerbau auffällig zurück. Lediglich Bürgermeister Willy Brandt – ohne reale Handlungsmöglichkeiten – zeigte sich ehrlich empört und entschlossen. Am radikalsten formulierte es damals die „Berliner Morgenpost“: „Sklaverei am KZ-Zaun“. Ändern konnten sie nichts.



1961: DDR-Grenzer schaffen den gemeuchelten Peter Fechter weg.

Zunächst bestand die „Mauer“ nur aus Stacheldraht, aber bald wurde sie durch Betonmauern, Gräben, Laufanlagen für abgerichtete Wachhunde, Wachtürme und Schützenstellungen ersetzt. Mindestens 235 DDR-Bürger wurden von den „Grenzorganen“ der DDR bei Fluchtversuchen zu Tode gebracht. 1963 zählte der britische „Guardian“ schon 65 getötete Menschen und 1.519 gefangene Flüchtlinge. Insgesamt



Mißmutige Gesichter: Der Maurer und sein Aufpasser

konnten aber 5.075 Menschen durch die Berliner Sperranlagen fliehen. Die mit den Westberlinern von Seiten der „Westalliierten“ gezeigte Solidarität war ein Stück Heuchelei. US-Präsident John F. Kennedy: „Eine Mauer ist verdammt noch mal besser als ein Krieg“. Der britischer Premierminister Harold Macmillan: „Die Ostdeutschen halten den Flüchtlingsstrom auf und verschanzen sich hinter einem noch dichteren Eisernen Vorhang. Daran ist an sich nichts Gesetzwidriges.“ Ken-

nedy verstand es, sich bei den Berlinern beliebt zu machen. Seine Rede vor dem Schöneberger Rathaus enthielt die Worte: „Ich bin ein Berliner“. Demonstrativ ließ er „M60“-Panzer am Grenzübergang Friedrichstraße auffahren. Der US-Präsident sandte eine weitere US-Brigade nach Berlin. Sie marschierte demonstrativ in voller Ausrüstung mit Panzern und Artillerie über die Transitautobahn. Aber der Schein trog: Kennedy unternahm nichts, um die Teilung Berlins zu überwinden. Seltsamerweise ist Kennedy

bis heute in den Köpfen der Berliner die große Lichtgestalt geblieben, die er nicht war.

Auch die Einrichtung von Intershops auf den Transitautobahnen und am Bahnhof Friedrichstraße war letztlich das Eingeständnis des ökonomischen Versagens. Dort verhökerten die SED-Machthaber Alkoholika und Tabakwaren zu Dumpingpreisen an die Westkundschaft, um an Devisen zu kommen. Bald verbreiteten die Intershops unter den Dagebliebenen großes Mißvergnügen, da sie in Ermangelung von Westgold dort meist nicht einkaufen konnten.

Die Berliner mußten auf einen anderen US-Präsidenten warten: Ronald Reagan. Er bereitete die Wiedervereinigung und damit den Mauerfall vor. In der Nacht vom 5. zum 6. Februar 1989 erschossen DDR Grenzer Chris Gueffroy beim Versuch die DDR zu verlassen. Die vier Beteiligten erhielten dafür eine Prämie von je 150 Ostmark und eine Belobigung. Gueffroy war das letzte Opfer des Mauerbaus. Nach ihm wurde eine Straße benannt. In der Friedrichstraße 43 befindet sich das Haus am Checkpoint Charlie. Es beherbergt ein umfangreiches Museum über den Mauerbau und diverse Fluchtgeschichten.



DDR-Propagandabild: Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse waren eine militärisch eher zu vernachlässigende Größe.

Tim Raue – Weltstar aus Berlin

Trotz einer schlechten Regierung kommt es immer wieder zu herausragenden Leistungen in Berlin. In Singapur wurden die „World's 50 Best Restaurants“ gekürt. Tim Raues gleichnamiges Lokal in der Rudi-Dutschke-Straße, früher besser als Kochstraße bekannt, kam in dem Wettbewerb auf Platz 40. Raue: „Wahnsinn! Wir freuen uns unglaublich, dass unser Restaurant auch in diesem Jahr diese internationale Anerkennung erhalten hat. Herzlichkeit, Disziplin, Mut, Ehrgeiz und Leidenschaft sind die Attribute, die unser grandioses Team und wir jeden Tag leben und damit versuchen, unsere Gäste zu begeistern“. Die Liste „The World's 50 Best Restaurants“ wird



Tim Raue – Weltklasse – Stern am kulinarischen Himmel

jährlich seit 2002 aufgestellt. Raues erste Lehrstätte, das Gourmet-Restaurant „Auerbach“ in Kreuzberg, wurde im Oktober 1992 von linken

Straßenkämpfern „zerlegt“. Nach eigenem Bekunden ließ ihm sein Großvater eine „preußische Erziehung“ angedeihen, womit er seine Disziplin erklärt. Die Großmutter verwöhnte ihn mit Königsberger Klopsen. Beides gab ihm als Scheidungskind Geborgenheit und Sicherheit. In Lebenskrisen waren sie sein fester Halt. Raue wuchs als Scheidungskind überwiegend bei seinen Großeltern auf. Auch als Buchautor ist Raue erfolgreich: 2008 erschien „Aromen(r)evolution“ und 2011 „Ich weiß, was Hunger ist: Von der Straßengang in die Sterneküche“

Aaron Kimmig

Erik Ode – „Der Kommissar“

Am 3. Januar 1969 gelang dem ZDF ein großer Erfolg. Mit der Kriminalserie „Der Kommissar“ etablierte der Sender den Freitag-Abend als Krimi-Zeit. Bis zu 30 Millionen Zuschauer saßen nach 20:15 Uhr vor dem Flimmerkasten und fieberten bei Kommissar Kellers Suche nach dem Täter mit. Das bedeutete eine Einschaltquote von 60 % und manchmal noch mehr. Die Serie war anders als das, was es zuvor gegeben hatte. Das begann schon damit, dass „Der Kommissar“ in schwarz-weiß gesendet wurde, obwohl es bereits seit 1967 Farbfernsehen gab. Während US-Krimis mit viel „Aktion“, Schießerei, mehreren Toten und jungen, attraktiven Ermittlern daherkamen, war der 1910 geborene Hauptdarsteller Erik Ode als Kommissar Keller bereits das, was man auch damals einen rentennahen Jahrgang nennen konnte. Er wirkte schon fast wie Mitte 60, war ruhig, verständnisvoll, humorvoll, jedoch kurz angebunden. Natürlich trug er wie alle damals erwachsenen bürgerlichen Männer noch einen Hut. Odes Trümpfe waren scharfer Verstand und eine präzise

Beobachtungsgabe. Der Umgang mit der Waffe wurde zur Nebensache. Jede Folge kam mit „einem Toten“ aus - ohne Tote leider keine Mordermittlung. Deutschland ist eben doch nicht die USA. Hierzulande mochten die Menschen so etwas sehen. Rückblickend betrachtet beklagen heute gesellschaftlich fortschrittliche Geister das Fehlen von tragenden Frauenrollen, ja deren reaktionäre Muster. Eine Institution beim „Kommissar“ war Kriminalassistentin Käthe Rehbein (84 Auftritte), auch Rehbeinchen genannt, die von Helma Seitz gespielt wurde. Sie war meist mit Kaffeekochen und anderen klassischen Vorzimmeraufgaben beschäftigt. „Der Kommissar“ hätte „anti-aufklärerisches und antidemokratisches Wirkungspotenzial“ gehabt, wird heute kritisiert. Das unterscheidet „Den Kommissar“ von damals von manchen Tatortdarstellern von heute, die sich in der Rolle des gesellschaftlich-politischen Erziehers gefal- len. Kommissar Keller war hingegen – damals – eine moralische Instanz für seine Mitarbeiter und sogar für



Er löste jeden Fall – Erik Ode als Kommissar

die überführten Verbrecher und somit gesellschaftsrelevant. Ode als „Chef“ war nicht autoritär, aber er strahlte Autorität aus. Er kam ohne Geschrei aus, um sich durchzusetzen. Sein Ton blieb gesetzt und gelegentlich wurde Kommissar Keller zum väterlichen Ratgeber seiner Untergebenen. Jede Folge endete mit einem: „Ich danke euch.“ an seine Mitarbeiter. Die Hierarchie in seinem Team wurde nicht in Frage gestellt. Damit wird klar, warum die 68er heute an Erik Ode und seiner Rolle herumnörgeln. Die ARD schaute zunächst in die „Röhre“. Erst 1970 konnte die ARD mit der Tatort Serie dem Kommissar etwas entgegensetzen.

Aaron Kimmig

Peter Scholl-Latour: Journalist, Visionär, Gaullist



Peter Scholl-Latour in Rußland

Peter Scholl-Latour ist das Sinnbild eines authentischen Journalisten. Über Dinge zu schreiben, die er nicht kannte, oder gar sich irgendwelche Märchen auszudenken, kam für ihn nicht in Frage. Ausgerechnet das Relotius-Magazin „Spiegel“ bewarf ihn posthum mit Dreck: „Scholl-Latour war nicht der allwissende Nahost-Experte, für den manche ihn hielten.“ Nun ja: Spiegelleser wissen wohl doch nicht mehr. Bekannt wurde Scholl-Latour durch sein Buch: „Der Tod im Reisfeld“. Dort prophezeite er

den US-Amerikanern ein Scheitern in Vietnam. Darum galt er damals als „Linker“. „Allah ist mit den Standhaften“ – Er versuchte den Mitteleuropäern den Islam realistisch zu erklären. Schließlich brachte ihm sein Afrika-Buch: „Der Mord am großen Fluss“ den Vorwurf ein, „weißer Rassist“ zu sein. Die deutsch-französische Freundschaft war dem Gaullisten mit deutscher Staatsbürgerschaft ein Herzensanliegen. Die Affinität zu Frankreich rührte von seiner elsässischen Mutter und seinem saarländisch-lothringischen Vater her. Gleich nach des Zweiten Weltkrieges beteiligte er sich als französischer Fallschirmjäger am Kolonialkrieg in Vietnam. Der am 9. März 1924 in Bo-

chum geborene Peter Scholl-Latour erlebte noch seinen 90. Geburtstag und starb am 16. August 2014. Sein spätes journalistisches Engagement galt eher rechten Publikationen wie der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ oder dem COMPACT Magazin.

AK



Vietnam, Afghanistan, Naher Osten. Er war immer vor Ort und wußte, worüber er schrieb.

Silke Burmester: Märchentante?



Viele Journalistenpreise, wenig Substanz: Silke Burmester, vom geheimen Tagebuch der Carla Bruni bis zum Nazi-Dorf.

Der deutsche Michel kennt richtige Nazis eigentlich gar nicht. Nur dank Staatsfunk und Mainstreammedien bekommt er sie stets präsentiert: Mit Bildern von Springerstiefeln, Baseballschlägern oder verummten Gesichtern. Nichts Reales also. Gut, daß es mutige Journalisten gibt, die bei der Suche helfen. Eine von ihnen ist Silke Burmester, die eine gute Phantasie besitzt, wie sie mit ihrem „Geheimen Tagebuch der Carla Bruni“ unter Beweis gestellt hat. 2016 besuchte sie das 146-Seelen-Dorf Alt Bork. Sie berichtete in der Tageszeitung taz:

„Ein Bürokollege meiner Freundin sei letzten Herbst aufs Land gezogen – in ein Nazi-Dorf.“ Burmester: „Und, wo sind jetzt die Nazis?“ – „Na ja, wahrscheinlich da unten. Na, wir gehen davon aus, dass unsere Vermieter dazugehören“. Die Frau des Vermieters habe fünf Kinder, alle ohne modische Multikulti-Namen, die würden zu ihren Eltern Vater und Mutter sagen, auf dem Hof gibt es zwei deutsche Edelizegen und so weiter. Auf dem Parkplatz stehen zwei Autos mit den Kennzeichennummern „3333“ und „8888“. Zu allem Überfluß sind die Autos deutschen Fabrikats. Blöd nur, daß der brandenburgische Verkehrsminister schon vor Jahren aus den genannten Gründen derartige Kennzeichenkombinationen verboten hat. Frau Burmester, was nun? War ihre Brille schlecht geputzt, daß sie nicht richtig sehen konnten, oder kam das Auto aus Polen, Litauen, Weißruss-

land, Nordkorea oder sonst wo her? Dann geht's munter weiter vom „Hörensagen“. Der Vermieter und seine Freunde würden sich mit Diensträngen anreden, vielleicht betreiben die sogar eine Wehrsportgruppe – wer weiß? Im Weggehen „riskiert“ Burmester noch einen Blick ins Wohnzimmer des Vermieters: „Dreißigerjahre-Polstermöbel und Stühle mit braunen Geflecht. Der Vermieter grüßt freundlich, Burmester antwortet nach eigenem Bekunden mit einem angewiderten „Hallo“. Die einzige reale Kommunikation zwischen der Schreiberin und dem „Betroffenen“. Doch am 11. Oktober 2018 weiß sich Frau Burmester im zwangsgebührenfinanzierten „Deutschlandfunk“ darüber beschweren zu können, daß der „so fragwürdige ... Alexander Gauland“ in der FAZ einen Gastbeitrag schreiben durfte.

AK

70 Jahre Bundesrepublik und Grundgesetz

Verschiedene Kanzler der Bundesrepublik Deutschland



Große Europäer und deutsche Patrioten – Konrad Adenauer und Gerhard Schröder: Verschiedene Politikansätze, aber stets die deutschen Interessen im Auge. Adenauer erzwang die Rückkehr der letzten deutschen Kriegsgefangenen aus sowjetrussischen Lagern, Schröder verweigerte die Teilnahme an Bushs Irakkrieg.

Hat sogar Probleme die Deutschlandfahne anzufassen: Angela Merkel als singuläre Erscheinung von 70 Jahren BRD und Grundgesetz.

Dieser Tage feiert unser Staat, die Bundesrepublik Deutschland, seinen 70. Geburtstag. Nachdem am 23. Mai 1949 das Grundgesetz verkündet worden und in Kraft getreten war, fanden am 14. August 1949 die ersten Bundestagswahlen statt. Am 4. September konstituierten sich Bundestag und Bundesrat, am 12. September wählte die Bundesversammlung Theodor Heuss zum ersten Bundespräsidenten, und am 15. September wurde Konrad Adenauer zum Bundeskanzler gewählt. Schließlich wurde am 20. September die neue Bundesregierung vereidigt und nahm ihre Tätigkeit, zunächst unter Aufsicht der alliierten Hochkommissare, auf. Die Väter des Grundgesetzes haben 1948/49 mit dem Einverständnis der damaligen Besatzungsmächte in der Präambel des Grundgesetzes ganz bewußt das deutsche Volk als Träger der neuen verfassungsmäßigen Ordnung benannt. In den ersten 19 Artikeln des Grundgesetzes wurden die Menschenwürde und die elementarsten Freiheitsrechte, darunter das Recht auf Meinungsfreiheit, verankert. In

Artikel 20 des Grundgesetzes wurde ausdrücklich festgelegt, daß alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Gemeint ist damit das deutsche Staatsvolk, das aus den deutschen Staatsangehörigen und den ihnen nach Art. 116 GG gleichgestellten deutschen Volkszugehörigen besteht. Das hat das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung zum Ausländerwahlrecht vom 31. Oktober 1990 eindeutig klargestellt.

Die Artikel 1 (Schutz der Menschenwürde) und 20 des Grundgesetzes wurden von den Verfassungsvätern als derart wichtig angesehen, daß sie in Art. 79 Abs. 3 GG als sog. Verfassungskern jeder verfassungsmäßigen Änderung entzogen wurden.

Allerdings konnten die Väter des Grundgesetzes nicht mit der von Teilen der nachfolgenden Generation getragenen Kulturrevolution von 1968 rechnen. Viele der damaligen Aktivisten übernahmen in den auf 1968 folgenden Jahrzehnten auf „dem Marsch durch die Institutionen“ wesentliche Teile des politischen Systems der Bundesrepublik

Deutschland und verschoben es nach und nach immer weiter nach links. Entsprechendes galt für die Massenmedien als sogenannte „Vierte Gewalt“.

So entstand über die Jahrzehnte hinweg das heutige rot-grüne Meinungsklima, das von einer zunehmenden Einengung der eigentlich grundgesetzlich geschützten Meinungsfreiheit für Andersdenkende geprägt ist. Wo es aber keine Meinungsfreiheit gibt, da gerät auch eine demokratisch formulierte Verfassung zur Makulatur. Der Stand der Meinungsfreiheit ist damit ein zentraler Indikator für den Zustand eines Gemeinwesens. Auch in einer totalitären Diktatur steht es dem Einzelnen durchaus frei, seine Meinung in Übereinstimmung mit den jeweiligen Machthabern zu äußern. Er darf nur keine abweichende oder gar gegenteilige Meinung äußern.

Heutzutage kann man sich zu durch den rot-grün bestimmten Meinungskurs positiv besetzten Themen wie Klimaschutz, Gleichberechtigung, Gender, Europäisierung und Förde-

rung von Multikulti natürlich völlig frei zustimmend äußern, aber wie sieht es mit Themen wie Patriotismus und eigener nationaler Identität oder der Kritik an den zuvor genannten Themen oder an der Massenzuwanderung aus fremden Kulturen aus? Durch den rot-grün bestimmten Meinungsdiskurs werden zunehmend abweichende Meinungen mit dem Ziel stigmatisiert, ihre Träger in ihrer Umgebung sozial zu isolieren. Die stigmatisierten Auffassungen sollen so allmählich zum Verschwinden gebracht werden. Gute Beispiele hierfür sind der Umgang mit Männern wie Thilo Sarrazin oder Hans-Georg Maaßen, die schlagartig deutlichen machen, wie brachial mit nicht mainstreamkonformen Überzeugungen umgegangen wird. Besonders negativ sieht der rot-grüne Mainstream eine positive Besetzung des Begriffs des „deutschen Staatsvolkes“. Dieser Begriff ist wie eingangs erwähnt durch Art. 20 GG geschützt und das „deutsche Staatsvolk“ ist Träger aller demokratischen Staatsgewalt. Das schützt ihn freilich nicht vor einer schleichenden Abwertung und Aushöhlung. Beispielhaft hat das Bundeskanzlerin Merkel mit

ihrem vor einem CDU-Landespartei-tag im Februar 2017 geäußerten Satz, „Das Volk ist jeder, der in diesem Lande lebt“, zum Ausdruck gebracht. Schließlich geht das rot-grüne Meinungsdiktat mit solchen Äußerungen aber auch in die Wertungen staatlicher Organe ein. Der allgemeine Linksdrift von Staat und Gesellschaft erreichte 2010 mit der Ernennung des SPD-nahen Hochschullehrers Andreas Voßkuhle zu seinem Präsidenten schließlich auch das Bundesverfassungsgericht. Unter Voßkühles Leitung entwickelte das Verfassungsgericht eine Rechtsprechung, die die Menschenwürde in einem Konkurrenzverhältnis zum auf ein bestimmtes Staatsvolk gestützten Demokratieprinzip brachte. Dies führt in letzter Konsequenz zu der Aussage, die Demokratie verwirkliche sich in der weltweiten Gewährleistung der Menschenwürde, während die Bezugnahme auf das eigene, ethnisch bestimmte Staatsvolk die Menschenwürde deswegen verletze, weil sie alle Menschen, die nicht dem eigenen Staatsvolk angehören würden, ausschließe und damit diskriminiere. Vor dem Hintergrund dieser Rechtsprechung behauptet auch der Ver-

fassungsschutz unter seinem neuen Präsidenten Thomas Haldenwang (CDU) in seinem politischen Gefälligkeitsgutachten vom Januar 2019 über die AfD, diese würde die Interessen eines ethnisch-kulturell bestimmten Staatsvolkes über die Menschenwürde stellen und sei deshalb als ein Prüffall auf Verfassungsfeindlichkeit anzusehen.

Anfang Mai 2019 legte Haldenwang dazu noch einmal nach: Er werde mit seiner Behörde dafür sorgen, daß „die Grenze zwischen legitimen Protest und Extremismus wieder deutlicher erkennbar wird.“ Natürlich definiert der Verfassungsschutz, wo diese Grenze liegt. Haldenwang erklärte weiter, daß schon die Bezugnahme auf „Identität, Kultur und Ethnien“ ein Kennzeichen heutiger, moderner Rechtsextremisten sei.

Mit der Stigmatisierung dieser Begriffe und damit letztlich auch des eigenen Volkes wird aber zugleich ein neues Kapitel in der Einengung der Meinungsfreiheit, diesmal auch durch staatliche Stellen eingeleitet.

Der Staat des Grundgesetzes, das im übrigen seit 1949 63 Mal geändert wurde und heute doppelt so umfangreich ist wie der Originaltext von 1949, ist also in höchster Gefahr. Die AfD wird sich zu wehren wissen, wenn sie in eine extremistische Ecke gerückt werden soll. Aber auch wir alle sind aufgefordert, unser Recht auf Meinungsfreiheit in die eigene Hand zu nehmen und aktiv zu verteidigen, um auch künftig als Deutsche in unserer Heimat leben zu können!

Andreas Wild



Unser Parlament: DEM DEUTSCHEN VOLKE, nicht „DER BEVÖLKERUNG“

Enid Blyton: Politisch inkorrekt und erfolgreich



Enid Blyton schrieb 753 Bücher mit einer Auflage von 600 Mio. Heute wird sie von politisch korrekten Weltverbesserern angemist.

Die „Kulturrevolution“ der 68er hat nicht nur in Gestalt der Grünen eine zerstörerische Schneise der Verwüstung durch die Bundesrepublik gezogen. Auch im Bereich der Kultur spielen sich Säuberungen ab, die an ganz dunkle Zeiten in Deutschland erinnern.

Ein krasses Beispiel ist die beliebte englische Kinderbuchautorin Enid Blyton: Sie verfaßte insgesamt 753 Bücher, die in 40 Sprachen übersetzt und von denen mehr als 600 Mio. Exemplare gedruckt wurden. Zahllose Kinofilme für Kinder wurden nach ihren Vorlagen gedreht. In Deutschland sind drei Straßen nach ihr benannt. Ihre Bücher erschienen als eine Art Serie. Die bekanntesten waren „Die Abenteuer“-Serie, die „Fünf Freunde“-Reihe, „Geheimnis um ...“, „Die Schwarze Sieben“, „Rätsel um ...“, die „Dolly“- und schließlich die „Hanni

und Nanni“-Reihe.

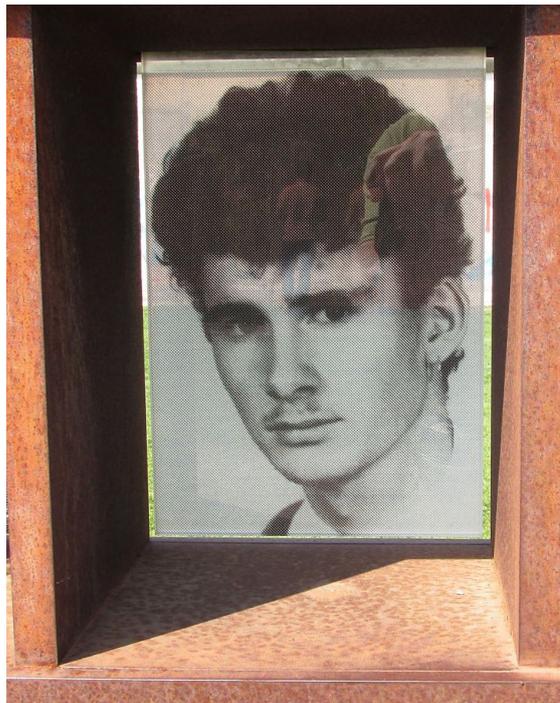
Blyton starb am 28. November 1968. Posthum begannen Weltverbesserer an ihr herumzunörgeln. Ein beliebter Vorwurf – auch anderswo pauschal gern vorgebracht – lautete auf Sexismus und Rassismus. Zudem würde die traditionelle Geschlechterrolle von ihr betrieben. Totschlagargumente, die im alternativen Kinderladen sofortige Konsequenzen nach sich ziehen. Da Blyton-Bücher sich trotz gehässigen Zuredens weiter großer Beliebtheit erfreuen und einfach nicht aus den Bücherregalen verschwinden wollen, ging man neuerdings dazu über, die Blyton-Bücher umzuschreiben und die von den Tugendwächtern beanstandeten Formulierungen „auszumerzen.“

Aaron Kimmig

Mauerschützen-Prozesse

Mit dem Untergang bzw. Auflösung der DDR begann in der Bundesrepublik die juristische „Aufarbeitung“ der Todesschüsse an der Mauer. In Berlin und Potsdam wurden 112 Verfahren gegen 246 Personen geführt. Neben den eigentlichen Tätern – in der Regel mehr oder weniger einfache Soldaten – wurden die politischen Machthaber und hohe Offiziere vor Gericht gestellt. Die „Mauerschützen“ erhielten meist Bewährungsstrafen. Die Verfahren gegen die politische Prominenz gestaltete sich schwierig und langwierig. Manche wurden auch aus „gesundheitlichen Gründen“ der Angeklagten eingestellt. Problematisch erscheinen mir aus heutiger Sicht die Verfahren gegen

die Schützen selbst. Bei den geistigen und politischen Tätern im Hinter-



Wurde 9 Monate vor dem Fall der Mauer von DDR-Grenzern regelrecht abgeknallt: Chris Gueffroy.

grund hingegen war eine bemerkenswerte Milde der bundesdeutschen Justiz sichtbar.

Dennoch beklagten sich die gewesenen Machthaber über die „Siegerjustiz“. 1994 urteilte der Bundesgerichtshof, dass die gezielte Tötung von unbewaffneten Flüchtlingen „wegen offensichtlichen, unerträglichen Verstoßes gegen elementare Gebote der Gerechtigkeit und völkerrechtlich geschützte Menschenrechte“ auch in der DDR Unrecht war. Auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte legitimierte das Vorgehen der bundesdeutschen Justiz. Von den SED-Funktionären zeigte sich nur Günter Schabowski einsichtig.

AW

Impressum

Andreas Wild, MdB
Abgeordnetenbüro
- Staatsreparatur -
Jungfernstieg 4 b, 12207 Berlin
Direkt am S-Bahnhof Lichterfelde-Ost
030-209677555 wild@wild-agh.de